Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 275. | Dresden, Montag den 28. November 1910. | 21. Jahrg.

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Werbt für eure Zeitung!

Der Byzantinerblock.

Wer als politisch Interessierter das Treiben unserer bürgerlichen Parteien verfolgt, wird gegen moralische Elendsbilder leicht abgehärtet. Was aber die konservativen Parteien und das Zentrum bei der Besprechung der sozialdemokratischen Kaiserinterpellation im Reichstage an widerlicher Verlogenheit und ekler Speichelleckerei geleistet haben, übersteigt das Maß des menschlich Erträglichen.

Vor zwei Jahren war es die konservative Partei, die den Kaiser öffentlich zur Zurückhaltung von seiner rednerischen Tätigkeit aufforderte. Das Zentrum schloß sich damals diesem Wunsche an. Erklärungen wurden abgegeben, die von jener Seite als Erfüllung ihrer Wünsche betrachtet wurden. Und heute, nach knappen zwei Jahren, soll das alles nicht mehr wahr sein! Was schwarz auf weiß in den stenographischen Protokollen des Reichstags steht, leugnet man mit ehrner Stirne ab. Es ist im November 1908 nichts verlangt und nichts gewährt worden. Die Interpellation ist überflüssig, bloß dem Agitationsbedürfnis der Sozialdemokraten entsprungen, die Hohenzollern sind eine auserwählte Sammlung von Instrumenten des Himmels, und „die Welt beneidet uns um unsern Kaiser".

Herr v. Bethmann-Hollweg war es, der den großen Bußgang nach Potsdam einleitete. Er war Bülows Kollege, als die großen Novemberdebatten des Jahres 1908 stattfanden, denen die berühmte Unterredung im königlichen Schloß von Potsdam folgte. Herr v. Bethmann-Hollweg war es, der damals im Auftrage des Reichskanzlers den stimmführenden Mitgliedern des Bundesrats die entsprechenden Mitteilungen machte.

Was enthielten diese Mitteilungen? Ein kostbares Versprechen, für welches das ganze deutsche Volk Sr. Majestät dem Kaiser aus tiefstem Herzen dankbar sein muß — — hieß es damals.

Es ist nichts erklärt, nichts versprochen, nichts mitgeteilt, heißt es jetzt. Dann muß aber das angebliche Ergebnis der historischen Unterredung vom 17. November 1908 ein grotesker Schwindel gewesen sein, der von der Regierung in Szene gesetzt wurde, um in den monarchisch gesinnten Kreisen der Bevölkerung Beruhigung zu erzeugen. Das ist damals auch gelungen, obgleich die Sozialdemokratie schon damals die weitere Entwicklung der Dinge bis ins einzelne voraussagte. Was wird aber jetzt aus der „Beruhigung", da die Seifenblase geplatzt ist?

Herr v. Heydebrand, der vor zwei Jahren in der sachlichen Beurteilung der Regierungstätigkeit Wilhelms II. von der Sozialdemokratie gar nicht so weit entfernt schien, überfloß von byzantinischen Beteuerungen und forderte, jeder Zoll ein Diktator, von dem Reichskanzler neue Ausnahmegesetze gegen den Umsturz.

Der Reichskanzler, obwohl von Heydebrand direkt zur Antwort aufgefordert, brachte nicht den Mut auf, ja oder nein zu sagen. Er schwieg und machte sein demütigstes Bedientengesicht.

Herr Liebermann v. Sonnenberg, der einzige Redner vor zwei Jahren, der mit seiner ätzenden Kritik der wilhelminischen Regierungstätigkeit die Grenzen des parlamentarisch Zulässigen streifte, verlas eine lakaienhafte Erklärung.

Und Herr v. Hertling, der Zentrumsführer! Der Mann bebte vor sittlicher Entrüstung gegen die Sozialdemokratie, die es wagte, zur Sicherung gegen absolutistische Uebergriffe verfassungsmäßige Garantien zu fordern. Jeden Augenblick schien es, als wollte der wackere bayrische Reichsrat natürliche Tränen weinen, ob der Unbill, die Umsturzfrechheit dem erhabenen Hohenzollernfürsten zugefügt hatte . . .

Vor zwei Jahren sind Wilhelm II. im Reichstag Aufrichtigkeiten gesagt worden. Von Herrn v. Liebermann sogar Grobheiten. Und doch ist Wilhelm II. vor zwei Jahren im Reichstag tausendmal besser behandelt worden als diesmal. Jene Aufrichtigkeiten oder Grobheiten waren in keiner Weise beleidigend. Beleidigend aber ist die verlogene Komödie, die im Reichstag um seine Person herum aufgeführt worden ist, weil die Zumutung beleidigend ist, die in ihr liegt.

Damals sprachen die bürgerlichen Abgeordneten zu ihm in der Hoffnung, von ihm verstanden zu werden. Diesmal sprachen zu ihm in der Hoffnung, er würde nicht merken, was ein Blinder mit dem Stocke fühlt — die unsaubere Absicht, die dieser Neubekehrung zum parlamentarischen Kammerdienertum zugrunde liegt. In keiner offenen Majestätsbeleidigung könnte so viel Mißachtung liegen wie in dieser plumpen Schmeichelei.

Das schamlose Treiben des schwarzblauen Byzantinerblocks hat aber zugleich doch den großen Vorteil, aller Welt gezeigt zu haben, wie die Fehler der Monarchen künstlich gezüchtet werden. Wir Sozialdemokraten haben niemals die Ungerechtigkeit begangen, eine einzelne Person für das Elend der deutschen Politik verantwortlich zu machen. Schuld trägt vor allem das halbabsolutistische System, das die Heuchler, Schmeichler und Speichler, dieses ganze widerwärtige Hofgesinde, großzieht und zum eigentlichen Herrn des Reichs macht. Am Sonnabend hat sich diese Gesellschaft im Reichstag vor versammeltem Volke demaskiert. Das ist der große Erfolg dieses Tages, man weiß jetzt wenigstens genau, woran man ist.

Früher saß die Kamarilla auf Schloß Liebenberg. Jetzt spielt sie Mehrheit im deutschen Reichstag!

* * *

Aus dem Reichstage wird uns zur Kaiserdebatte noch geschrieben:

Die Sterbenden grüßen ihren Cäsar. Der Schnapsblock klammert sich in der Verzweiflungsstunde an den Thron. Vor der Macht der Demokratie flüchten die herrschenden Klassen in die Finsternisse des Absolutismus zurück. Hertling, Heydebrand, Dirksen, Liebermann von Sonnenberg und Bruhn formieren sich zur prätorianischen Truppe des Gottesgnadentums, deren Führung Major von Bethmann mit komischem Händefuchteln übernimmt. Die deutsche Aera Polignac scheint da zu sein. Schon hat, wie 1830 Thabrot und Courvoisier, die bürgerlichen Minister aus dem Junkerkabinett, ausgetreten. Der burgerliche Minister aus dem Junkerkabinett, der ministerielle Kanzessionsschulze der deutschen Bourgeoisie, den Staub von den Füßen geschüttelt. Sämtliche Parteien und Parteichen des Schnapsblockes haben Junker als ihre Fraktionsredner vorgeschickt. (Bruhn, der die einzige Ausnahme gebildet hätte, kam leider nicht mehr dran.) Auch ein Zeichen der Zeit! Feudalismus und Absolutismus, durch Klerikalismus verstärkt, treten der Demokratie entgegen, die im Proletariat ihre Vorhut und ihre Kerntruppen besitzt. Die Firma Thron, Altar, großes Portemonnaie etabliert sich aufs neue und empfiehlt sich einer sündigen Welt zur Heilung aller Schäden der Zeit. Und weil das große Portemonnaie in der Firma ist, erstreckt sich die Anziehungskraft bis weit nach links. Zwar die Freisinnigen, für die Herr v. Payer nicht übel sprach, sind in ihrer Gesamtheit noch nicht so pachnifiziert, sich ohne weiteres als Hilfstruppe der Prätorianergruppe des Byzantinerschnapsblocks anzugliedern. Aber wie wenig auf die Nationalliberalen zu zählen ist, beweist die Einerseits-andererseits-Rede des Herrn Bassermann, der zwar nicht in den blutrünstig bramarbasierenden Ton der reaktionären Maulhelden verfiel, der auch im Gegensatz zu dem jesuitischen Junker Hertling an den sogenannten Novembererrungenschaften festhielt, aber durch ein tiefen Kotau vor dem „monarchischen Gefühl" schließlich doch wieder aufhob, was an zahmer Opposition noch in seiner Rede vorhanden war.

Den äußeren Hergang der Sitzung, besonders die kraftvollen Reden unserer Genossen Ledebour und David, erfahren die Leser aus dem Bericht.

Die Besprechung der Interpellation über die Versicherung der Privatbeamten lief aus wie das Hornberger Schießen. Genosse Robert Schmidt hob mit kurzen Worten hervor, daß die Privatbeamten von der Reichsregierung nichts zu erwarten haben. Am Montag stehen u. a. die Schiffahrtsabgaben zur Beratung.

* * *

Entgegenkommen des Thrones.

Am Tage nach der Interpellation über die Königsberger Kaiserrede veröffentlicht die Nordd. Allg. Ztg. auf der ersten Seite und in hervorragendem Druck einen durch seine fortgeschrittene Denkweise interessanten und überraschenden kaiserlichen Erlaß, den sie selber mit Recht als einen weitgehendes „Entgegenkommen des Thrones" bezeichnet. Der Erlaß hat den folgenden Wortlaut:

Wenn wir die gegenwärtigen Zeitverhältnisse betrachten, so finden wir, daß sich in kurzer Zeit vieles geändert hat, und die

dringende Gefahr

mit jedem Tage zunimmt. Es gibt dafür kein anderes Mittel als

die Verfassung zu beschleunigen.

Nachdem nun heute die Bitte der Volksvertreter einem aufrichtigen Wunsche entspringt, und nachdem die Mehrheit der hohen und niederen Beamten in und außerhalb der Hauptstadt sich

für einen raschen Fortschritt

ausgesprochen haben, der Volksgeist sich regt, und überall nur eine Stimme herrscht, so ist es natürlich, daß das Volk für die Pflichten, die es zu erfüllen hat, auch eine bestimmte Handhabe bekommt. **Deshalb fühlen wir uns bewogen, der Bitte von Beamten und Volk Gehör zu schenken und auf die Neigungen und Wünsche des Landes Rücksicht zu nehmen.**

Dieser von 18 Mitgliedern des Reichsrats gegengezeichnete Erlaß trägt das Datum des 4. November 1910 und ist gegeben im kaiserlichen Palast zu — — Peking. Er trägt die eigenhändige Unterschrift des Prinzregenten Tschun, der vor zehn Jahren als chinesischer „Sühneprinz" in Berlin weilte. Später sandte dieser Prinzregent eine Verfassungsstudienkommission nach Europa, deren Präsident einem Ausfrager des Berl. Lokalanzeigers erklärte, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht für China nicht Betracht komme. Denn dieses, sagte der Präsident der chinesischen Studienkommission, sei zu veraltet. Jetzt wird durch den oben abgedruckten Erlaß eine energische Beschleunigung der Verfassungsarbeiten angekündigt, und spätestens drei Jahren soll in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein neues Glied eintreten.

China!

Preßstimmen.

Die Reichstagsdebatten über die Kaiserreden haben in den Berliner Sonntagsblättern kein allzu starkes Echo gefunden. Einzig die freikonservative Post übernimmt sich in Pathetik, indem sie den Rednern der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen nachsagt, sie hätten einmütig ihr Schild „vor ihrem zu Unrecht angegriffenen Kaiser und Herrn" gehalten. Weiter fordert das Scharfmacherblatt im Sinne des Herrn v. Heydebrand Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie. Solcher plumpen Ausnutzung der Situation glaubt sogar die Germania entgegentreten zu müssen. Das Zentrumsblatt schreibt:

„Von dem Abg. v. Heydebrand war es vielleicht nicht ganz klug, daß er bei dieser Gelegenheit die Regierung zu scharfem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie aufforderte. Das bot den Genossen den willkommenen Agitationsstoff, der bei der Interpellationsmaterie selbst nicht herausspringen wollte. Sie werden jetzt wieder, wie es schon der Abg. David sofort tat, über die Scharfmacher lärmen die ein neues Sozialistengesetz forderten. Es wird wenig nutzen, daß der Abg. v. Dirksen Heydebrands Aeußerungen abzuschwächen versuchte zu einem bloßen Wunsche nach schroffierer Handhabung des Majestätsbeleidigungsparagraphen."

Gegen das Märchen des schwarzblauen Blocks, daß die letzten Reden des Kaisers die Zustimmung aller „national" Bevölkerungsschichten gefunden hätten, wendet sich die nationalliberale Nationalzeitung:

„. . . . Die Wirkung der letzten Kundgebungen ist doch die gewesen, daß sie in weiten Kreisen im Volke die frühere Verstimmung wieder wachgerufen hat, die glücklich überwunden schien. Dieses Moment darf nicht übersehen und auch nicht ignoriert werden wie es Herr v. Heydebrand getan hat, der dafür den Ruf nach Ausnahmegesetzen dem Kanzler in die Ohren schrie."

Das linksliberale Berliner Tageblatt führt u. a. aus:

„Die „zufällige Begegnung an der Kanzlerecke", die dem Reichstage von den Triumvirn Hertling, Heydebrand und Bethmann vorgemimt wurde, hat die nützliche Folge, daß der gesamten Linken die Augen offen gehalten werden für gemeinsame Gefahren und gemeinsame Interessen. Schärfer, als es im augenblicklichen Lärm der Debatte zu hören war, tritt aus dem Berichte der Ledebourschen Rede jener Passus hervor, in dem er die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie feststellt, im Kampfe gegen rechts mit dem Fortschritt gemeinsame Sache zu machen. Fast noch auffälliger ist, daß der Kunktator Bassermann sich durch die Heydebrandschen Tiraden doch nicht dahin bringen ließ, der Sozialdemokratie eine runde und nette Absage zu erteilen. Eher noch könnte man aus seiner Rede den Versuch einer bedingten Annäherung heraushören! Die Möglichkeit eines wahltaktischen Zusammengehens — das ist das dritte Ergebnis — der bürgerlichen Linken, einschließlich eines Teiles der Nationalliberalen, mit der Sozialdemokratie ist durch die Debatte nicht nur nicht zerstört, sondern der Verwirklichung vielleicht um einen Schritt nähergerückt worden. In der Wählerschaft der beteiligten Parteien dürfte die Stimmung für ein Zusammengehen sogar bedeutend verstärkt werden. Die Zurückhaltung, die sich der Kaiser infolge der einheitlichen Willenskundgebung des Reichstags, im November 1908, für fast zwei Jahre auferlegt hatte, ist allgemein als wohltätig, als im Interesse des Reichs gelegen empfunden worden. Und wenn durch die gestrigen Debatten eins offenkundig geworden ist, so ist es die Leichtherzigkeit womit Zentrum und Konservative ein wichtiges Reichsinteresse zu verkaufen und zu verraten bereit sind, sobald sie mit dem Erlös ein gemeinsames Parteigeschäftchen glauben bestreiten zu können. Auch über dies Schachergeschäft wird das deutsche Volk bei den kommenden Reichstagswahlen Gericht zu halten haben!"

Der Vorwärts schreibt:

„Die gestrigen Debatten lieferten eine geradezu klassische Illustration zu der Junker- und Scharfmacherparole: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut!" Wenn der König „aus eigenem Recht" auswärtige Politik treiben will, die auch den kapitalistischen Machthabern unbequem ist, wird ihm rücksichtslos das Papageno-Schloß des konstitutionellen Monarchen vor den Mund gelegt; betätigt sich dagegen das Instrument des Herrn im Sinne der Ritter und der Heiligen, der Junker und der Scharfmacher, so sind die ehedem so gewichtigen konstitutionellen Bedenken spurlos in alle Winde geblasen!"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101128/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG